

## Beschlussvorlage

### KT 0069/2021

**Betreff: Überparteiliche Resolution gegen ein Atommüllendlager im Wartburgkreis aus den Anträgen des Landrates und der Fraktion DIE LINKE**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Sitzungsart	Zuständigkeit
Kreisausschuss	06.09.2021	öffentlich	Vorberatung
Kreistag	07.09.2021	öffentlich	Entscheidung

### I. Beschlussvorschlag

Der Landrat wird beauftragt gemeinsam mit der Landesregierung gegenüber den zuständigen Institutionen, möglichst auch koordinierend für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden, zu verdeutlichen, dass der Wartburgkreis ein Atommüllendlager auf seinem Gebiet konsequent ablehnt. Der Landrat stimmt seine diesbezüglichen Bemühungen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen im Wartburgkreis stets eng mit dem Kreistag ab.

### II. Begründung

Nach Information der Medien und der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) ist das Teilgebiet 078\_02TG\_197\_02IG\_S\_f\_z (flach lagernde Salzstrukturen im nördlichen Wartburgkreis), als eines von vier sogenannten Gebieten zur Methodenentwicklung ausgewählt worden (zwei davon betreffen Thüringen). Es gibt insgesamt 90 Teilgebiete bundesweit (54 % der Fläche Deutschlands), welche im Rahmen des Zwischenberichts Teilgebiete veröffentlicht wurden.

Im Wartburgkreis sind vom ausgewählten Gebiet zur Methodenentwicklung hauptsächlich die Stadt Treffurt, die Gemeinde Frankenroda, die Stadt Amt Creuzburg, die Gemeinde Berka v.d. Hainich und die Gemeinde Hörselberg-Hainich betroffen. Eine ganz konkrete Offenlegung, weshalb letztlich genau diese vier von den insgesamt 90 Gebieten und warum zwei der vier in Thüringen liegen müssen, gibt es nicht. Es ist daher erforderlich, dass sich der Kreistag des Wartburgkreises klar gegen das Vorhaben der BGE zur weiteren Erkundung im Rahmen der Errichtung eines Atommüllendlagers auf dem Gebiet des Wartburgkreises ausspricht. Eine tiefgehende Untersuchung der möglichen Endlagerstätten bringt zudem ein so genanntes Rohstoffverwertungsverbot mit sich, wodurch die Förderung von Bodenschätzen unmöglich gemacht würde. Dies gefährdet lokale Unternehmen und Arbeitsplätze und bedeutet den Verlust von kommunalen Einnahmen. Dieser Entwicklung muss sich der Wartburgkreis entschlossen entgegenstellen.

gez. Krebs  
Landrat

gez. Bilay  
Vorsitzender Fraktion DIE LINKE

